

Für eine Klimapolitik mit Augenmass



Ein Positionspapier der SVP Schweiz

Februar 2009

Inhaltsverzeichnis

1. Zusammenfassung	3
2. Ausgangslage	4
2.1. Das Ausmass der Klimaveränderung	4
2.2. Das Kyoto-Protokoll und seine Umsetzung	8
2.3. Die Situation der Schweiz.....	9
2.4. Weitere Entwicklung der CO ₂ -Emissionen	10
3. Handlungsbedarf / Forderungen der SVP	12
3.1. Forderungen zum CO ₂ -Gesetz	12
3.2. Forderungen für das Nachfolge-Protokoll zu Kyoto	13

1. Zusammenfassung

Seit jeher ist das Klima auf der Erde Veränderungen unterworfen. Heute gemessene Entwicklungen stellen daher keine neue Erscheinung dar. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts sind die weltweiten Durchschnittstemperaturen um ungefähr 0.6 °C angestiegen. **Seit dem Jahr 1998 hat es weltweit keine Erwärmung mehr gegeben, seit 2005 kühlte es gar ab.** In der Arktis, wo heutzutage das Schmelzen gewisser Eisgebiete mit grossem Medienspektakel verfolgt wird, hat bereits zwischen 1925 und 1945 eine ähnlich warme Periode wie heute geherrscht.¹ **Auch in der Schweiz wurde das bisher wärmste Jahr 1994 seit nunmehr über einem Jahrzehnt nicht mehr übertroffen. Man kann somit keinesfalls von einem kontinuierlichen, starken Anstieg der Temperaturen sprechen.**²

Was die zukünftige Entwicklung des Klimas betrifft, hält das UNO-Gremium Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) fest, dass die Komplexität des Klimasystems und die grosse Anzahl an sich gegenseitig beeinflussenden Prozessen der Möglichkeit, die zukünftige Entwicklung des Klimas zu verstehen, Grenzen setzen. Die Sicherheit, mit der beobachtete Änderungen im Klima auf menschliche Einflüsse zurückgeführt werden könnten, sei beschränkt durch mangelndes Verständnis verschiedener Elemente. **Das UNO-Gremium IPCC räumt ein breites Unwissen über das Funktionieren des Klimasystems ein**³. Doch wenn man nicht versteht, wie das Klima entsteht, kann man auch keine Prognosen für seine Zukunft abgeben.

Bei der Ausgestaltung der künftigen Klimapolitik ist diesen Fakten Rechnung zu tragen. **In der Schweiz machen Anstrengungen zur Begrenzung der CO₂-Emissionen höchstens dann Sinn, wenn sie Teil eines weltweit koordinierten Prozesses sind, an dem sich sämtliche Länder, die bedeutende Mengen an CO₂ ausstossen, verbindlich beteiligen.** Dies ist heute nicht der Fall. Zwar erfüllt die Schweiz ihre Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll, doch steht sie damit ziemlich alleine da. Viele Länder mit grossem CO₂-Ausstoss wie China, die USA oder Indien, sind mit Kyoto gar keine Verpflichtungen eingegangen. Der überwiegende Teil der menschengemachten CO₂-Emissionen wird durch das Kyoto-Protokoll nicht erfasst.

Die SVP erhebt folgende klimapolitischen Forderungen:

- **Aufhebung des CO₂-Gesetzes zum Zeitpunkt der Beendigung der vom Kyoto-Protokoll geregelten Periode (2010, spätestens 2012).**
- **Beibehaltung der vollständigen Rückgabe der CO₂-Abgabe an die Steuerzahler und Verzicht auf die Einführung einer Teilzweckbindung.**
- **Keine Beteiligung der Schweiz an einem Nachfolge-Protokoll, wenn sich nicht sämtliche Grosse mittlen zu Begrenzungen verpflichten.**
- **Keine nationale Regelung, welche weitergeht als die internationalen Verpflichtungen.**

¹ Für Quellenangaben siehe Fussnoten 5, 15, 16

² Für Quellenangaben siehe Fussnote 6

³ Für Quellenangaben siehe Fussnoten 10-14

2. Ausgangslage

Durch verschiedenste Prozesse der menschlichen Tätigkeit gelangen Gase in die Atmosphäre, für welche in der Folge eine Erhöhung des Gehalts feststellbar wurde. Dies gilt insbesondere für Kohlendioxid (CO₂), welches in grossen Mengen durch natürliche Prozesse, daneben aber in geringeren Mengen beispielsweise auch durch die Verbrennung von fossilen Brenn- und Treibstoffen (Kohle, Benzin, Heizöl, Kerosin etc.) in die Atmosphäre gelangt. Da seit einiger Zeit die Vermutung geäussert wird, der höhere Gehalt an CO₂ und gewisser anderer Gase in der Atmosphäre könnte einen Einfluss auf das Klima haben, ist dieses Thema auf die politische Agenda gekommen⁴ und wird von verschiedenen Gruppierungen zur Förderung ihrer Anliegen instrumentalisiert. Dabei wird – nicht zum ersten Mal im Umweltbereich – stark auf Emotionen gesetzt und es werden grosse Ängste geschürt. Es wird suggeriert, die Welt stünde kurz vor der totalen ökologischen Katastrophe, bestehend aus anhaltenden Hitzewellen, abwechslungsweise Dürren und Überschwemmungen, einem völligen Abschmelzen aller Gletscher und Eisberge mit entsprechend starkem Anstieg des Meeresspiegels sowie einer massiven Zunahme von Stürmen und anderen Naturkatastrophen. Doch eine verantwortungsvolle Politik ist dazu verpflichtet, auf Fakten zu basieren und sich nicht von Hysterien leiten zu lassen.

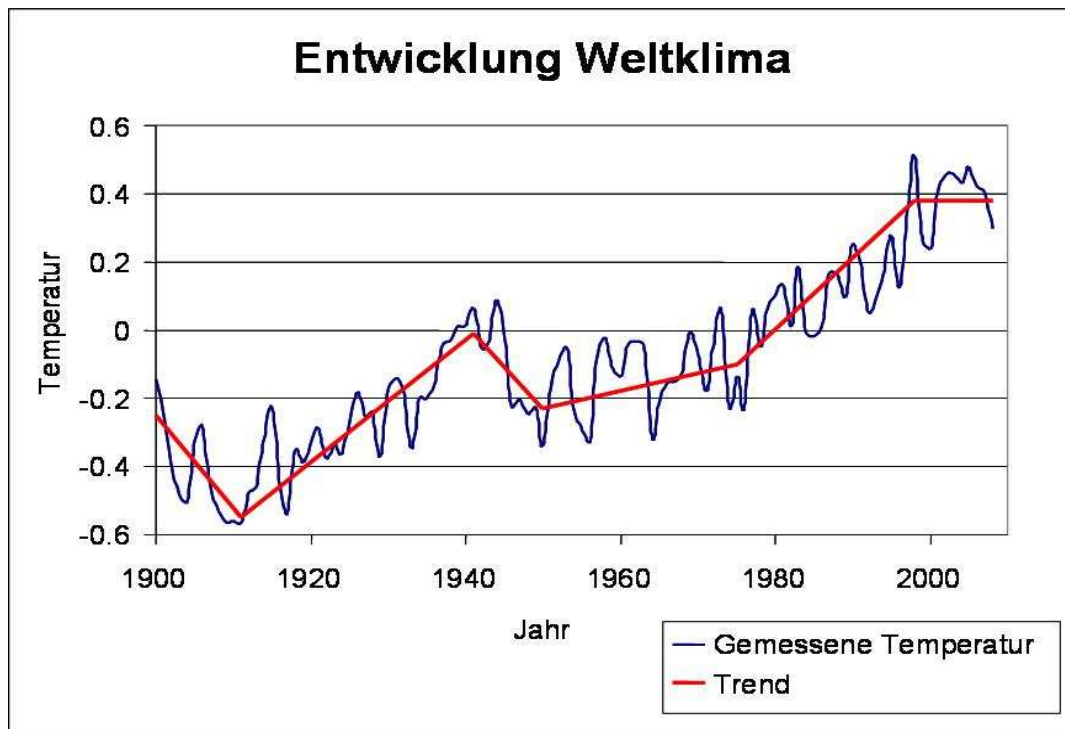
2.1. Das Ausmass der Klimaveränderung

Seit jeher ist auf der Erde das Klima ständigen Veränderungen unterworfen. Temperaturen, Niederschlagsmengen, Niederschlagsarten, Winde sind andauernd dynamischen Prozessen unterworfen. Heute gemessene Veränderungen des Klimas stellen daher keine neue Erscheinung dar.

Die Einschätzung, wonach der Mensch das Klima über den von ihm verursachten CO₂-Ausstoss beeinflusst, beruht auf der Veränderung des Wärmehaushalts der Erde und somit der Temperaturen. Die weltweiten Durchschnittstemperaturen haben sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts ungefähr wie folgt verändert⁵: Zwischen 1900 und 1910 sind sie um rund 0.3 °C gesunken. Zwischen 1910 und 1940 folgte ein Anstieg um rund 0.5 °C. Dann sank die Temperatur zwischen 1940 und 1950 um rund 0.25 °C. Zwischen 1950 und 1975 stieg die Temperatur um rund 0.1 °C an, bevor sie zwischen 1975 und 1998 um ca. 0.5 °C anstieg. **Seit dem Jahr 1998 hat es keine Erwärmung mehr gegeben, seit 2005 kühlte es gar ab.** Es wird ersichtlich, dass man erstens keinesfalls von einem kontinuierlichen, starken Anstieg der Temperatur sprechen kann und dass zweitens gerade die letzten Jahre, die nach Aussagen von Klimahysterikern am meisten vom Klimawandel betroffen sein sollen, von einer Stabilisierung oder seit 2005 gar von einem Rückgang der Temperaturen gekennzeichnet waren.

⁴ An der Weltklimakonferenz der Weltorganisation für Meteorologie im Jahr 1979 wurde erstmals festgehalten, dass die menschlichen Aktivitäten einen signifikanten Einfluss auf das regionale oder gar globale Klima verursachen könnten.

⁵ Diese Daten stammen vom britischen meteorologischen Amt. www.metoffice.gov.uk.



Auf das weltweit bisher wärmste Jahr 1998 sind nunmehr über 10 kühlere Jahre gefolgt. 2007 war kühler als sämtliche Jahre zwischen 2002 und 2006. **In den Monaten Januar bis August war das Jahr 2008 kühler als die entsprechenden Monate sämtlicher Jahre von 1998 bis 2007.** Der Januar 2008 war weltweit um bis zu 0.2 °C kühler als die Januare mehrerer Jahre des 19. und frühen 20. Jahrhunderts (1863, 1878, 1882, 1932, 1942 und 1944).

Man darf sich auch über die Temperaturentwicklung in der Schweiz nicht täuschen lassen. Wie vom Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie MeteoSchweiz veröffentlichte Daten zeigen⁶, wurde **das in der Schweiz bisher wärmste Jahr 1994 seit nunmehr über einem Jahrzehnt nicht mehr übertroffen.** Das Jahr 2005 war in der Schweiz kühler als Jahre, die schon weit zurückliegen, wie beispielsweise 1921, 1948, 1949 oder 1961.

Es ist offensichtlich, dass die Realität differenzierter zu betrachten ist als sie in aller Regel vermittelt wird. Dies zeigt auch das detaillierte Studium der wichtigsten Publikation des UNO-Gremiums IPCC⁷, das manchmal auch als „Weltklimarat“ bezeichnet wird. Das IPCC hat 2007 einen umfangreichen Bericht (IPCC Fourth Assessment Report) veröffentlicht, in dem es den Stand der Klimaforschung und die Vermutungen für die weitere Entwicklung zusammenfasst⁸. So wird hier beispiels-

⁶http://www.meteoschweiz.admin.ch/web/de/klima/klima_heute/homogene_reihen.Par.0049.DownloadFile.ext.tmp/schweiz.txt

⁷ IPCC: Intergovernmental Panel on Climate Change (Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen), www.ipcc.ch. Das IPCC wurde 1988 vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) gegründet. Über die Zusammensetzung des IPCC bestimmen Regierungsvertreter. Die Finanzierung erfolgt durch die Staaten. Das IPCC ist somit starken politischen Einflüssen unterworfen.

⁸ <http://www.ipcc.ch/ipccreports/assessments-reports.htm>. Im Folgenden interessieren insbesondere die Berichte der Arbeitsgruppe 1, die sich mit den wissenschaftlichen Grundlagen befasst („Physical Science Basis“), und zwar die Zusammenfassung für Politiker („Summary for Policymakers“) sowie insbesondere die technische Zusammenfassung („Technical Summary“).

weise an prominenter Stelle die Erwartung geäussert, dass die globalen Temperaturen in den nächsten zwei Jahrzehnten um 0.2 °C pro Jahrzehnt ansteigen werden⁹. Diese Vermutung wird durch die oben beschriebene Temperaturentwicklung in den letzten 10 Jahren mit einer Stabilisierung und teilweisen Abkühlung bereits grundlegend in Frage gestellt.

Doch wer sich die Mühe nimmt, den IPCC-Bericht auch ausserhalb der an die Politiker gerichteten Zusammenfassung zu lesen, findet zahlreiche Relativierungen der Panikmache. So wird vom UNO-Gremium eingeräumt, dass über die Prozesse, welchen CO₂ in der Umwelt unterworfen ist, Unsicherheit besteht. Was den Energiehaushalt betrifft, stelle auch der Einfluss der Wolken auf die Rückstrahlung von Sonnenenergie ins Weltall eine beträchtliche Unsicherheit dar. **Allgemein wird vom UNO-Gremium IPCC festgehalten, dass die Komplexität des Klimasystems und die grosse Anzahl an sich gegenseitig beeinflussenden Prozessen der Möglichkeit, die zukünftige Entwicklung des Klimas zu verstehen, Grenzen setzen**¹⁰. Es bestehe nach wie vor eine unvollständige Kenntnis der physikalischen Grundlagen vieler Elemente des Klimasystems und ihres Einflusses auf die Klimaänderungen. Hauptsächlich betreffen diese Unsicherheiten die Rolle der Wolken, der vereisten Gebiete, der Ozeane, der Landnutzung und den Kopplungseffekten zwischen dem Klima und biogeochemischen Prozessen¹¹. **Der Bericht räumt also ein breites Unwissen über das Funktionieren des Klimasystems ein. Doch wenn man nicht versteht, wie das Klima entsteht, kann man auch keine Prognosen für seine Zukunft abgeben.**

Auch das Verständnis des Einflusses unterschiedlicher Sonneneinstrahlung auf die Erde bleibe gemäss IPCC tief. Grosse Unsicherheiten würden insbesondere bestehen, weil das Verständnis der Variabilität der Sonneneinstrahlung über längere Zeiträume unvollständig sei¹². Schlecht verstanden sei weiter der Einfluss von Veränderungen im Wasserdampfgehalt der Stratosphäre und von Aerosolen in der Atmosphäre¹³. **Überhaupt sei die Sicherheit, mit der beobachtete Änderungen im Klima auf menschliche Einflüsse zurückgeführt werden könnten, beschränkt durch mangelndes Verständnis des Strahlungsantriebs, der Rückkoppelungen und der Beobachtungen**¹⁴.

Das „Summary for Policymakers“ wird wie folgt zitiert: IPCC, 2007: Summary for Policymakers. In: *Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change* [Solomon, S., D. Qin, M. Manning, Z. Chen, M. Marquis, K.B. Averyt, M. Tignor and H.L. Miller (eds.)]. Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA

Das „Technical Summary“ wird wie folgt zitiert: Solomon, S., D. Qin, M. Manning, R.B. Alley, T. Berntsen, N.L. Bindoff, Z. Chen, A. Chidthaisong, J.M. Gregory, G.C. Hegerl, M. Heimann, B. Hewitson, B.J. Hoskins, F. Joos, J. Jouzel, V. Kattsov, U. Lohmann, T. Matsuno, M. Molina, N. Nicholls, J. Overpeck, G. Raga, V. Ramaswamy, J. Ren, M. Rusticucci, R. Somerville, T.F. Stocker, P. Whetton, R.A. Wood and D. Wratt, 2007: Technical Summary. In: *Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change* [Solomon, S., D. Qin, M. Manning, Z. Chen, M. Marquis, K.B. Averyt, M. Tignor and H.L. Miller (eds.)]. Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA

⁹ Report of Working Group I of IPCC, 2007, Summary for Policymakers, S. 12

¹⁰ Report of Working Group I of IPCC, 2007, Technical Summary, S. 21

¹¹ Report of Working Group I of IPCC, 2007, Technical Summary, S. 21

¹² Report of Working Group I of IPCC, 2007, Technical Summary, S. 31

¹³ Report of Working Group I of IPCC, 2007, Technical Summary, S. 81

¹⁴ Report of Working Group I of IPCC, 2007, Technical Summary, S. 86

Weiter steht die Frage im Vordergrund, ob die zurzeit gemessenen eher höheren Temperaturen in der Weltgeschichte wirklich so einmalig seien. Dazu hält der IPCC-Bericht fest, **dass in der Arktis, wo heutzutage das Schmelzen gewisser Eisgebiete mit grossem Medienspektakel verfolgt wird, bereits zwischen 1925 und 1945 (als der CO₂-Gehalt der Atmosphäre deutlich tiefer lag als heute) eine ähnlich warme Periode wie heute geherrscht habe¹⁵**. Was die gesamten Ozeane betrifft, spricht der IPCC-Bericht ausdrücklich von einer **Abkühlung der Meere seit 2003¹⁶**.

Zahlreiche Aufzeichnungen aus der Vergangenheit zeigen, dass die seit dem massgeblichen Ansteigen des CO₂-Gehalts der Atmosphäre (ab ca. 1940) beobachteten Klimaveränderungen im Vergleich zu früheren Entwicklungen nichts Aussergewöhnliches darstellen. Als Beispiel dafür sei eine in der renommierten Zeitschrift „Science“ publizierte Studie¹⁷ erwähnt, welche den Rückgang von 169 Gletschern aus der ganzen Welt in den letzten rund 250 Jahren untersucht hat. Sie kommt zum Schluss, **dass die Gletscher seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts zurückgehen, und zwar mit konstanter Geschwindigkeit**. Insbesondere ist seit Beginn der umfassenden Verwendung fossiler Brenn- und Treibstoffe um 1950 keinerlei Verstärkung dieses Trends festzustellen. Diese Erkenntnis ist insbesondere für die Schweiz wichtig, da hier Klimahysteriker sehr oft mit dem sichtbaren Rückgang der Gletscher als Beweis für eine angeblich menschengemachte Klimaveränderung argumentieren. In der wissenschaftlichen Literatur finden sich zahlreiche weitere Hinweise darauf, dass die zurzeit beobachteten Klimawerte und -änderungen bereits in früheren Jahrhunderten vorkamen. So soll gemäss verschiedenen Hinweisen die Temperatur im frühen Mittelalter höher gelegen haben als heute.

Man muss sich somit ernsthaft die Frage stellen, ob die gegenwärtigen politischen Diskussionen über Massnahmen zur Eindämmung der Treibhausgasemissionen wissenschaftlich fundiert oder nicht viel eher ideologisch motiviert sind. Es wäre jedenfalls nicht das erste Mal, dass die Wissenschaftsgemeinde auf ein angeblich äusserst gravierendes Umweltproblem aufmerksam macht und man nur wenige Jahre später feststellen muss, dass es sich um einen gewaltigen Irrtum gehandelt hat. Jüngstes Beispiel war die Hysterie um das vermeintliche Waldsterben oder die Feinstaub-Diskussion, welches die Öffentlichkeit in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in Angst und Schrecken versetzte und sich später als gigantische Täuschung herausstellte.

Fazit: Klimaveränderungen hat es in der Erdgeschichte schon immer gegeben. Es gibt zahlreiche Hinweise darauf, dass die alarmierenden Meldungen der letzten Jahre, wonach menschliche Aktivitäten das Klima der Erde beeinflussen würden, nicht der Realität auf diesem Planeten entsprechen. Insbesondere ist zu unterstreichen, dass in diesem Jahrhundert keine Klimaerwärmung stattgefunden und das Meer sich sogar abgekühlt hat¹⁸.

¹⁵ Report of Working Group I of IPCC, 2007, Technical Summary, S. 37

¹⁶ Report of Working Group I of IPCC, 2007, Technical Summary, S. 47f.

¹⁷ Oerlemans, J. (2005) *Science* **308**, S. 675-677

¹⁸ Siehe www.metoffice.gov.uk (weltweite Temperaturmessungen) und Report of Working Group I of IPCC, Technical Summary, S. 47f.

2.2. Das Kyoto-Protokoll und seine Umsetzung

Im Dezember 1997 wurde in Erwartung einer Klimaerwärmung das Kyoto-Protokoll¹⁹, ein internationaler Vertrag, abgeschlossen. Mit dem Beitritt zu diesem Protokoll haben sich die meisten europäischen Staaten inklusive Russland, dazu einige wenige aussereuropäische Länder wie Japan, Kanada, Australien und Neuseeland dazu verpflichtet, ihre Emissionen von CO₂ und anderen Treibhausgasen zu begrenzen. Das Ziel bestand darin, diese Emissionen gegenüber 1990 bis zum Zeitraum 2008-2012 um 5 % zu senken.

Die Unterzeichnung durch die Schweiz erfolgte 1998, die Genehmigung durch das Parlament im Juni 2003²⁰. In seiner Botschaft²¹ unterstrich der Bundesrat, die Vermutung habe sich erhärtet, dass die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts festgestellte Klimaerwärmung zum grossen Teil menschlichen Aktivitäten zuzuschreiben sei.

Die Vereinigten Staaten haben das Abkommen nicht ratifiziert. Für alle übrigen Staaten – wie beispielsweise die aufstrebenden Staaten China, Korea, Indien oder Brasilien – bringt das Kyoto-Protokoll keine Begrenzung der CO₂-Emissionen mit sich.

Mittlerweile neigt sich der Zeitraum, für den das Kyoto-Protokoll ausgelegt wurde, seinem Ende zu. Die Vertragsparteien reichen dem Sekretariat des Protokolls umfassende Berichte ein²². Es ergibt sich jetzt die Möglichkeit, eine erste Bilanz zu ziehen.

- (i) Die Schweiz ist ihrem Ruf als Musterknabe, der alle internationalen Abkommen buchstabengetreu umsetzt, gerecht geworden, und hat zur Erfüllung der Kyoto-Ziele sogar eine neue Steuer, die CO₂-Abgabe, eingeführt. Wie das Bundesamt für Umwelt (BAFU) mitgeteilt hat²³, erwartet es, **dass die Schweiz ihre Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll aller Voraussicht nach nicht nur einhalten, sondern sogar noch übertreffen wird.**
- (ii) Viele andere Länder, die zu einer Begrenzung ihrer Treibhausgas-Emissionen verpflichtet wurden, werden ihre Verpflichtungen anders als die Schweiz aller Voraussicht nach nicht einhalten²⁴. **Die Europäische Union EU hat zwischen 1990 und 2006 ihre Treibhausgas-Emissionen um nur gerade 4.6 % reduziert. Die Verpflichtung der EU beläuft sich aber auf minus 8 %!** Italien hat beispielsweise seine Emissionen in diesem Zeitraum um 4 % erhöht, statt sie um 6.5 % zu senken. Portugal hat seine Emissionen seit 1990 um 30 % erhöht, Spanien gar um 54 %.

¹⁹ Protokoll von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (SR 0.814.011)

²⁰ Amtliche Sammlung **2004**, 5205

²¹ Bundesblatt, **2002**, Nr. 41, 6385

²² Kein Land zu klein für die Kyoto-Bürokratie: Das benachbarte Fürstentum hat der UNO 2005 den „Liechtenstein National Climate Report“ übermittelt, der stolze 73 Seiten umfasst.

²³ „Die Schweiz ist für die erste Etappe im Klimaschutz auf Zielkurs“, Medienmitteilung BAFU vom 24.10.2008

²⁴ Alle Zahlen in diesem Abschnitt sind zitiert aus „National greenhouse gas inventory data for the period 1990-2006“ des UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change), unfccc.int/resource/docs/2008/sbi/eng/12.pdf

- (iii) Von den 20 Ländern, die am meisten CO₂ ausstossen, hat sich nur gerade die Hälfte im Rahmen von Kyoto zu einer Emissionsbeschränkung verpflichtet²⁵ (siehe auch Tabelle 1). Diejenigen Staaten, welche sich im Rahmen des Kyoto-Protokolls zu einer Emissionsbeschränkung verpflichtet haben, stiessen 2004 rund 8 Milliarden Tonnen CO₂ aus. Die anderen Staaten (ohne Emissionsbegrenzung) kommen auf 19 Milliarden Tonnen CO₂. Das heisst, dass **der überwiegende Teil der menschengemachten CO₂-Emissionen durch das Kyoto-Protokoll gar nicht erfasst werden.**
- (iv) Viele Staaten, denen im Kyoto-Protokoll keine Reduktionsverpflichtungen auferlegt wurden, haben ihre Emissionen seit 1990 stark erhöht. **Insbesondere China hat seit 1990 seine Emissionen mehr als verdoppelt und ist kürzlich durch seine eindruckliche wirtschaftliche Entwicklung zum grössten CO₂-Emittenten der Welt geworden.** Allein die Zunahme der chinesischen Emissionen seit 1990 bis heute entspricht ungefähr dem Hundertfachen der jährlichen CO₂-Emissionen der Schweiz. Die USA haben ihre Emissionen seit 1990 um rund 25 % erhöht, Länder wie Ägypten oder der Iran haben sie gleich wie China verdoppelt²⁶ (siehe auch Tabelle 1).

Fazit: Das Kyoto-Protokoll wird von keinem der Staaten so konsequent umgesetzt wie von der Schweiz. Ein Grossteil der CO₂-Emissionen durch menschliche Tätigkeiten wird durch dieses Protokoll gar nicht erfasst, weil sie in Ländern anfallen, die sich nicht zu einer Emissionsbeschränkung verpflichtet haben. Dies sind gerade diejenigen Staaten, deren Emissionen besonders stark zunehmen.

2.3. Die Situation der Schweiz

Die Schweiz mit ihren rund 7.5 Mio. Einwohnern emittiert 0.1 % des weltweiten menschengemachten Ausstosses von CO₂. Unsere CO₂-Produktion liegt damit tiefer als diejenige von Ländern mit teilweise deutlich geringerer Einwohnerzahl wie Katar (840'000 Einwohner), Kuwait (3 Mio.), Irland (4 Mio.), Singapur (4.5 Mio.), Vereinigte Arabische Emirate (4.5 Mio.), Finnland (5 Mio.), Norwegen (5 Mio.), Turkmenistan (5 Mio.), Dänemark (5.5 Mio.) oder Libyen (6 Mio.). Obwohl alle diese Länder mehr CO₂ produzieren als die Schweiz, hat sich im Kyoto-Protokoll nicht einmal die Hälfte zu einer Begrenzung der CO₂-Emissionen verpflichtet. Die Schweiz dagegen hat sich zu einer Reduktion der Emissionen um 8 % verpflichtet und ist auf gutem Weg dazu, diese Verpflichtung zu erfüllen.

Die tiefen CO₂-Emissionen der Schweiz sind zurückzuführen auf die umweltfreundliche Elektrizitätsproduktion mit Wasser- und Kernkraft, auf bisher ergriffene Massnahmen zur Senkung der Emissionen – wobei die freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft mit ihrer hohen Effizienz besonders hervorzuheben sind – sowie ganz allgemein auf das in der Schweiz ausgeprägt vorhandene Bewusstsein, Energie sparsam

²⁵ Die Daten für den CO₂-Ausstoss nach Land finden sich auf der Homepage der UNO-Millenniumsziele: millenniumindicators.un.org/unsd/mdg/Data.aspx

²⁶ Die Daten für den CO₂-Ausstoss nach Land finden sich auf der Homepage der UNO-Millenniumsziele: millenniumindicators.un.org/unsd/mdg/Data.aspx

einzusetzen. **Die Schweiz ist das Industrieland mit dem geringsten CO₂-Ausstoss pro Kopf.**

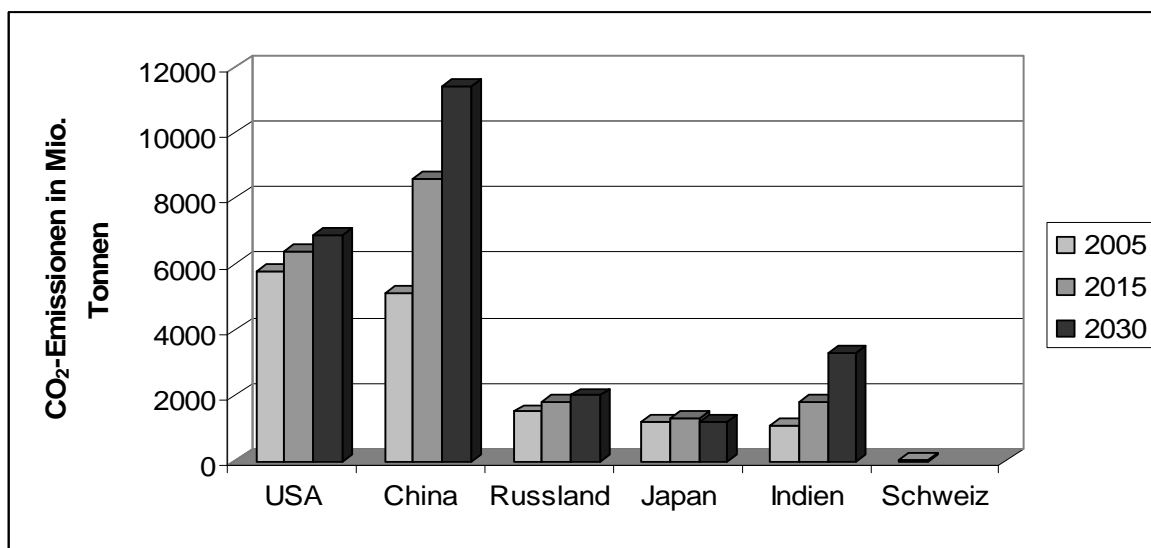
Es ist an der Zeit, dass man auch im Departement Leuenberger (UVEK) die gute Positionierung der Schweiz zur Kenntnis nimmt und dies auch gegenüber anderen Staaten und internationalen Organisationen im Sinne der Imagepflege proaktiv kommuniziert. Es geht nicht an, dass sich die Schweiz schlechter darstellt als sie es wirklich ist.

Fazit: Die Schweiz steht in Sachen CO₂-Ausstoss im Vergleich zu anderen Ländern sehr gut da, wird die Ziele des Kyoto-Protokolls sogar übertreffen und soll dies auch entsprechend kommunizieren!

2.4. Weitere Entwicklung der CO₂-Emissionen

Der Energieverbrauch und in der Folge die Emissionen von CO₂ sind Ausdruck steigenden Wohlstandes. Die Entwicklung der CO₂-Emissionen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten wird daher in grossem Ausmass durch die weitere wirtschaftliche Entwicklung insbesondere in den Schwellenländern bestimmt werden. Auch wenn wir zurzeit am Anfang einer gravierenden Welt-Wirtschaftskrise stehen, so ist mittel- und langfristig mit einer weiteren Zunahme des weltweiten Wohlstandes und damit des Energieverbrauchs, auch fossiler Energien, zu rechnen. Die Internationale Energie-Agentur IEA erstellt denn auch in ihrem „World Energy Outlook 2007“²⁷ eine entsprechende Prognose für die weitere Entwicklung der CO₂-Emissionen der fünf grössten Emittentenländer China, USA, Russland, Japan und Indien, indem sie für die nächsten Jahrzehnte eine massive Zunahme der CO₂-Emissionen erwartet.

Energiebedingte CO₂-Emissionen der fünf grössten Emittenten, Prognose der Internationalen Energie-Agentur IEA, in Mio. Tonnen²⁸



²⁷ www.worldenergyoutlook.org

²⁸ www.iea.org/textbase/country/graphs/weo_2007/Table-5-02.jpg

Dabei kommt klar zum Ausdruck, dass keineswegs mit einer globalen Senkung der CO₂-Emissionen, sondern im Gegenteil mit einem starken Anstieg gerechnet werden muss. Demnach sollen die Emissionen dieser fünf Länder von einem Ausgangswert von 14'700 Mio. Tonnen CO₂ im Jahr 2005 bis 2030 um rund zwei Drittel auf 24'800 Mio. Tonnen ansteigen. Ins Gewicht fallen dabei insbesondere China und Indien, bei denen mit einer Verdoppelung bzw. Verdreifachung ihrer Emissionen gerechnet wird. China soll demnach bis 2030 gleich viel CO₂ ausstossen wie die USA, Indien und Japan zusammen! Zum Vergleich: Die Schweiz stösst rund 40 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr aus.

Immer mehr Autos in China und Indien

In China kommen zurzeit 24 motorisierte Fahrzeuge auf 1000 Einwohner, in Indien 18 Fahrzeuge²⁹. In Europa kommen auf 1000 Einwohner gut 400 Fahrzeuge, in den USA knapp 800. Wollen die insgesamt rund 2.5 Milliarden Chinesen und Inder auf den selben Stand kommen wie die Europäer, verdoppelt sich die Anzahl Motorfahrzeuge auf der Erde von einer Milliarde auf zwei Milliarden. Können sie sich gleich viele Autos leisten wie die Amerikaner, gibt es ungefähr eine Verdreifachung des Bestandes an Fahrzeugen. Von den zurzeit weltweit verkehrenden Autos entfallen 0.4 Prozent auf die Schweiz.

Fazit: Die weltweiten CO₂-Emissionen werden auch mittelfristig weiter zunehmen. Es wird sogar mit einer starken Zunahme gerechnet.

²⁹ DSW-Datenreport 2008, Soziale und demographische Daten zur Weltbevölkerung, Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, Hannover, ISBN 3-930406-10-1

3. Handlungsbedarf / Forderungen der SVP

Gestützt auf die oben dargelegten Fakten und Beurteilungen erkennt die SVP folgenden Handlungsbedarf bzw. erhebt folgende Forderungen. Sie hält sich dabei insbesondere an den Grundsatz, dass der Staat entsprechend den liberalen Grundwerten Zurückhaltung üben soll.

3.1. Forderungen zum CO₂-Gesetz

Zur Umsetzung ihrer Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll hat sich die Schweiz gegen den Willen der SVP im Jahr 1999 ein CO₂-Gesetz³⁰ gegeben. Dieses regelt die Modalitäten, mit denen die schweizerischen CO₂-Emissionen bis 2012 auf das mit Kyoto vereinbarte Niveau (bzw. noch etwas tiefer, es grüsst der Musterknabe) abgesenkt werden sollen. Gestützt auf dieses Gesetz wird seit dem 1. Januar 2008 eine CO₂-Abgabe auf Brennstoffen erhoben. Die Abgabe beträgt 3 Fr. pro 100 Liter Heizöl sowie 2.5 Rappen pro Kubikmeter Erdgas. Der Gesamtertrag wurde für das Jahr 2008 auf 230 Mio. Franken veranschlagt und wird abzüglich der Kosten für die Erhebung und Administration der Bevölkerung und der Wirtschaft zurückerstattet. Auf der CO₂-Abgabe kassiert der Bund noch 7.6 % Mehrwertsteuer ein, was zu einer Zusatzbelastung von nochmals 18 Millionen Franken führt, die dem Steuerzahler nicht zurückerstattet werden.

Zurzeit bestehen in der Kommission für Umwelt, Raumplanung, Energie und Kommunikation des Nationalrates (UREK-NR) Bestrebungen, die Rückerstattung der CO₂-Abgabe aufzuheben oder teilweise aufzuheben und die CO₂-Abgabe als neue Finanzierungsquelle für die Bundeskasse zu erschliessen. Man spricht von einer Teilzweckbindung. Damit würden Bundesrat und Parlament, welche stets davon gesprochen hatten, dass diese Abgabe den Steuerzahlern zurückerstattet wird, wortbrüchig.

Auf dem Betrag der CO₂-Abgabe muss ausserdem die Mehrwertsteuer bezahlt werden. Diese Einnahmen behält der Bund schon heute vollständig für sich und gibt sie den Steuerzahlern nicht mehr zurück.

Die SVP fordert:

1. Das Kyoto-Protokoll regelt die weltweiten Bemühungen zur Senkung des CO₂-Ausstosses bis zum Jahr 2010. Nimmt man die volle Periode hinzu, welche für das Erreichen des Ziels massgebend ist, entfaltet das Kyoto-Protokoll bis spätestens 2012 Wirkung. Das CO₂-Gesetz dient der nationalen Umsetzung des Kyoto-Protokolls. Es macht keinen Sinn, dass die Schweiz ohne internationale Abstützung dieses Gesetz weiterhin behält. Wie oben dargelegt, ist die Schweiz nur für 0.1 % der weltweiten menschengemachten CO₂-Emissionen verantwortlich und allein der jährliche Anstieg der chinesischen Emissionen übersteigt die schweizerischen Emissionen um ein Vielfaches. In dieser Situation ist es absolut widersinnig, ohne internationale Abstützung weitere Reduktionsbemühungen zu unternehmen. **Das CO₂-Gesetz ist deshalb per Ende**

³⁰ Bundesgesetz vom 8. Oktober 1999 über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Gesetz), SR 641.71

2010, spätestens per Ende 2012 aufzuheben. Entsprechend ist auf die Erhebung der CO₂-Abgabe nach 2010 bzw. 2012 zu verzichten.

2. Entsprechend der baldigen Beendigung der Fristen des Kyoto-Prozesses **darf keine Teilzweckbindung eingeführt werden.** Dies würde neue Abhängigkeiten schaffen und die bei einer Subventionierung üblichen Marktverzerrungen hervorrufen. Gerade in der aktuellen Situation einer sich anbahnenden Wirtschaftskrise wäre es genau das Falsche, den Steuerzahlern noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen und die Kaufkraft von Privathaushalten und Unternehmungen zu schwächen. Die SVP fordert, **dass das Versprechen von Bundesrat und Parlament, die Erträge der CO₂-Abgabe den Steuerzahlern zurückzuerstatten, auch wirklich eingehalten wird.**
3. Das Versprechen, die CO₂-Abgabe staatsquotenneutral zu realisieren, wurde bereits durch die Unterstellung dieser Abgabe unter die Mehrwertsteuerpflicht gebrochen. **Die CO₂-Abgabe ist umgehend von der Mehrwertsteuer zu befreien.** Die jährlich 18 Millionen Franken, welche den Steuerzahlern damit aus der Tasche gezogen werden, sind zurückzuerstatten.

3.2. Forderungen für das Nachfolge-Protokoll zu Kyoto

Das Kyoto-Protokoll entfaltet Wirkung bis zum Jahr 2010, spätestens 2012. Bereits sind Vorbereitungsarbeiten für den Abschluss eines Nachfolge-Protokolls im Gange, welches die weltweiten Bemühungen zur CO₂-Begrenzung für die Jahre nach 2012 koordinieren soll. Die Beamtenschaft im Bundesamt für Umwelt unter der Verantwortung von Bundesrat Moritz Leuenberger hat hier ein Tummelfeld entdeckt, in dem es seine Ideen zur Rettung der Welt einbringen kann. Dies geschieht auf durchaus angenehme Weise, indem man lange Reisen unternimmt, um an allen möglichen Konferenzen rund um den Globus teilzunehmen.

Hinsichtlich Nachfolge-Protokoll zu Kyoto erhebt die SVP folgende Forderungen.

1. Das Kyoto-Protokoll wird nur wenig zur Eindämmung der CO₂-Emissionen beitragen, weil es nur wenige Länder umfasst, diese ihre Verpflichtungen kaum einhalten und viele grosse Emittenten davon ohnehin nicht berührt werden. Die Regelung, welche auf internationaler Ebene für die Zeit nach 2010/2012 angestrebt wird, muss diesen Mangel beheben. **Ein Nachfolge-Protokoll zu Kyoto macht keinen Sinn, wenn es nicht sämtliche Länder umfasst, welche eine beträchtliche Menge CO₂ ausstossen.** Die Schweiz hat sich dafür einzusetzen, dass eine Regelung gefunden wird, welche von allen wichtigen Ländern mitgetragen wird. So haben im Mindesten auch Grosseemittenten wie China, Indien, Südkorea, Mexiko, Südafrika, der Iran, Indonesien, Brasilien und Saudi-Arabien, welche bei Kyoto noch keine Reduktionsverpflichtung eingegangen sind, sich glaubhaft zu einer zahlenmässigen Beschränkung ihrer CO₂-Emissionen zu verpflichten. Eine Emissionsbegrenzung macht höchstens dann Sinn, wenn ihr zumindest die 20 grössten Emittenten beitreten. **Ohne eine Beteiligung sämtlicher Grosseemittenten darf sich die Schweiz keiner Beschränkung unterziehen.** Dies würde massive Folgekosten nach sich ziehen und die eigene Wirtschaft schwächen, ohne dass für die globalen CO₂-Emissionen eine signifikante Veränderung erreicht werden könnte.

2. Mit dem CO₂-Gesetz hat sich die Schweiz zu einer grösseren Emissionsreduktion verpflichtet als sie gemäss dem Kyoto-Protokoll hätte tun müssen. **Es ist zu verhindern, dass die Schweiz auch für den Post-Kyoto-Prozess eine nationale Regelung erlässt, die weitergeht als die internationalen Verpflichtungen.** Die Schweiz schwächt ihre wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit damit nur selber und trägt nichts zur globalen Entlastung bei. Insbesondere ist in den Verhandlungen zu einem Nachfolgeprotokoll auf die spezielle Situation der Schweiz im Bereich der Stromproduktion hinzuweisen und den Anliegen der Wirtschaft angemessene Rechnung zu tragen.
3. Die Stärke der wirtschaftlich ausserordentlich weit entwickelten Schweiz liegt im umfassenden Know-how im Technologie- und im Umweltbereich. Die Schweiz hat im Post-Kyoto-Prozess diese Stärken einzubringen und sich dafür einzusetzen, dass der Technologietransfer in weniger entwickelte Länder im Nachfolgeabkommen entsprechend verankert und günstig positioniert wird. Damit würde ein solches Abkommen neben den grossen wirtschaftlichen Nachteilen der CO₂-Reduktion auch gewisse Vorteile mit sich bringen.

Die Forderungen der SVP

- **Aufhebung des CO₂-Gesetzes zum Zeitpunkt der Beendigung der vom Kyoto-Protokoll geregelten Periode (2010, spätestens 2012).**
- **Beibehaltung der vollständigen Rückgabe der CO₂-Abgabe an die Steuerzahler und Verzicht auf die Einführung einer Teilzweckbindung.**
- **Entlastung der Steuerzahler durch Befreiung der CO₂-Abgabe von der Mehrwertsteuer.**
- **Keine Beteiligung der Schweiz an einem Nachfolge-Protokoll, wenn sich nicht sämtliche Grosse mittlere zu Begrenzungen verpflichten.**
- **Keine nationale Sonderregelung, welche weitergeht als die internationalen Verpflichtungen.**
- **Berücksichtigung der speziellen Situation der Schweiz bei der Stromproduktion in den Verhandlungen zu einem Kyoto-Nachfolgeprotokoll. Den Anliegen der Wirtschaft ist angemessene Rechnung zu tragen.**
- **Stärkung des Technologietransfers im Post-Kyoto-Prozess.**

Tabelle 1: CO₂-Ausstoss nach Ländern

Gemäss Angaben auf der Homepage der UNO-Millenniumsziele³¹
in Millionen Tonnen CO₂

		CO ₂ -Emissionen, in Mio. Tonnen, im Jahr 2004	Anteil am weltweiten menschengerichteten Ausstoss im Jahr 2004	CO ₂ -Emissionen, in Mio. Tonnen, im Jahr 1990
1.	USA	6'049	22.2%	4'821
2.	China	5'010	18.4%	2'400
3.	Russland*	1'525	5.6%	1'985 ³²
4.	Indien	1'343	4.9%	682
5.	Japan*	1'258	4.6%	1'071
6.	Deutschland*	809	3.0%	981
7.	Kanada*	639	2.3%	416
8.	Grossbritannien*	587	2.2%	580
9.	Südkorea	466	1.7%	241
10.	Italien*	450	1.7%	390
11.	Mexiko	438	1.6%	414
12.	Südafrika	437	1.6%	332
13.	Iran	434	1.6%	218
14.	Indonesien	378	1.4%	214
15.	Frankreich*	374	1.4%	364
16.	Brasilien	332	1.2%	210
17.	Spanien*	330	1.2%	212
18.	Ukraine*	330	1.2%	600 ³³
19.	Australien*	327	1.2%	279
20.	Saudi-Arabien	308	1.1%	255
64.	Schweiz*	40	0.1 %	

* Länder mit einer Verpflichtung zur Begrenzung der CO₂-Emissionen gemäss Kyoto-Protokoll

³¹ millenniumindicators.un.org/unsd/mdg/Data.aspx

³² im Jahr 1992

³³ im Jahr 1992